

An: Bundesausschussdelegierte

Zur Kenntnis:

- Landesverbände
- Bundesvorstand
- Bundesgeschäftsstelle
- SPUNK – Redaktion
- Campusgrün
- Bundesbildungsbeirat

## Einladung zum 2. Bundesausschuss 2010 in Erfurt

Liebe Delegierte,

hiermit möchten wir euch ganz herzlich zum zweiten Bundesausschuss dieses Jahres nach Erfurt einladen. Wie werden vom 27.-29.08.2010 in der Jugendherberge in Erfurt tagen.

Wir möchten alle Landesvorstände bitten die versendeten Fragebögen ausgefüllt bis zum **20. August 2010** an [bundesausschuss@gruene-jugend.de](mailto:bundesausschuss@gruene-jugend.de) zu schicken. Außerdem laden wir eine Person pro Landesvorstand ein, soweit dieser nicht in der Delegation vertreten ist.

Auch diesmal stehen Wahlen auf der Tagesordnung. Nachgewählt wird 1 offener Delegiertenplatz zum Länderrat und zum Attac-Ratschlag, 2 offenen Plätze Frauen- und Genderrat, und 2 offene Plätze im BA-Präsidium. Gewählt werden außerdem 4 Freie Koordinierende des Bildungsbeirates und 1 offener Delegiertenplatz zur IDA, sowie 2 Ersatzdelegierte. Es gilt wie üblich, dass eine schriftliche Bewerbung für alle Wahlen außer die Präsidiumswahl erforderlich ist, da es auf den Bundesausschüssen keine Vorstellungsrunde gibt.

Auf unserer Homepage [www.gruene-jugend.de/anmeldung](http://www.gruene-jugend.de/anmeldung) könnt ihr euch ab sofort anmelden. Wir bitten euch darum, damit wir für genug Essen und Plätze in der Jugendherberge sorgen können.

Bitte meldet euch bis zum **20. August 2010** an.

Damit ihr als Landesverband volles Stimmrecht erhaltet bitten wir euch darum, dass die Delegierten quotiert erscheinen. Es erhält nur maximal ein männlicher Delegierter Stimmrecht und Fahrtkosten. Außerdem behalten wir uns wieder vor Fahrtkosten bei Absentismus nicht zu erstatten.

Alle Anträge, sowie Bewerbungen sendet ihr bitte bis zum **25. August 2010** an [bundesausschuss@gruene-jugend.de](mailto:bundesausschuss@gruene-jugend.de). Bei Fragen, Anregungen, Kritik und Sonstigem stehen wir euch unter dieser Adresse selbstverständlich auch gerne zur Verfügung.

Mit stacheligen Grüßen

Euer BA-Präsidium

Swantje, Nina, Jan, Andreas und Emily

## GRÜNE JUGEND

Bundesverband

[www.gruene-jugend.de](http://www.gruene-jugend.de)

### Bundesausschusspräsidium

Nina Piel

[nina.piel@gruene-jugend.de](mailto:nina.piel@gruene-jugend.de)

Tel: 0176 62905755

Swantje Fischer

Tel: 0151 22967604

[swantje@gruene-jugend.de](mailto:swantje@gruene-jugend.de)

Andreas Press

Fon: 0160 95701341

[andreaspress@arcor.de](mailto:andreaspress@arcor.de)

Jan Frederik Wienken

[jan.wienken@gj-nds.de](mailto:jan.wienken@gj-nds.de)

Tel: 0176 82038078

### Politische Geschäftsführung

Emily May Büning

[emily.buening@gruene-jugend.de](mailto:emily.buening@gruene-jugend.de)

Tel: 0176 / 235 235 93

### Bundesgeschäftsstelle

Hessische Straße 10

10115 Berlin

Tel: 030 / 275 94 095

Fax: 030 / 275 94 096

[buero@gruene-jugend.de](mailto:buero@gruene-jugend.de)

U-Bahn: U6, Naturkundemuseum

## **Vorläufige Tagesordnung des 2. Bundesausschuss 2010 – 27.- 29.08.2010 in Erfurt**

(Stand 26.06.2010)

### **Freitag, 27. August**

Anreise bis 18.00 Uhr

18.00 Uhr	Formalia, Vorstellungsrunde, etc.
18.15 Uhr	Berichte der Länder, SPUNK und Campus Grün anschließende thematische Kleingruppenarbeit
20.00 Uhr	Bundsvorstandsbericht
21.00 Uhr	Wahlen <ul style="list-style-type: none"><li>· 1 offener Platz Attac Ratschlag</li><li>· 4 freie Koordinierende</li><li>· 1 offener Platz Länderrat, 2 Ersatzdelegierte</li><li>· 1 offener Platz IDA, 2 Ersatzdelegierte</li><li>· 2 offene Plätze Frauen- und Genderrat</li><li>· Voten für die BDK von B90/DIE GRÜNEN (19.- 21.11. in Freiburg)</li></ul>
ab 22.30 Uhr	gemeinsame Abendgestaltung

### **Samstag, 28. August**

Frühstück ab 8.00 Uhr

09.00-09.30 Uhr	Einleitung SVG
09.30-12.30 Uhr	Lektüreguppen der Selbstverständnisgruppe
12.30-13.30 Uhr	Mittagessen
13.30-15.30 Uhr	Aktion in der Erfurter Innenstadt
15.30-18.30 Uhr	Lektüreguppen der Selbstverständnisgruppe
18.30-19.30 Uhr	Abendessen
19.30-20.00 Uhr	Vernetzung mit migrantischen Jugendverbänden

### **Sonntag, 29. August**

Frühstück ab 8.00 Uhr

09.00-10.00 Uhr	Anträge
10.00-10.30 Uhr	Nachwahlen BA-Präsidium
10.30-12.30 Uhr	Bund-Länder-Vernetzung
12.30-13.00 Uhr	Arbeitsprogramm
13.00-13.30 Uhr	Sonstiges
13.30-14.00 Uhr	Feedbackrunde

Abreise gegen 14 Uhr

## **Anreisebeschreibung:**

Jugendherberge Erfurt, Hochheimerstr. 12 , 99094 Erfurt

Vom Hbf Erfurt mit der Straßenbahn 6 Richtung Steigerstraße bis Ansage Steigerstraße/Jugendherberge (Endhaltestelle); dort der Beschilderung an der Haltestelle folgen.

V-07	<b>Eine Krankenhaushygieneverordnung für alle Bundesländer</b>
	AntragstellerInnen: Felix Neutatz, Jakob Wunderwald

- 5 Die Grüne Jugend fordert, dass in allen Bundesländern Deutschlands nach dem Beispiel der Bundesländer Berlin, Saarland, Bremen und Sachsen eine Krankenhaushygieneverordnung verabschiedet wird, die regelt, ab wie vielen Betten wie viele hauptamtlich tätige und speziell ausgebildete Hygienefachkräfte eingesetzt werden müssen. Außerdem müssen Infektionsüberwachung und Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern zum Aufbau eines speziellen Netzwerks geregelt werden.

**Begründung:**

In Deutschland sterben bis zu 40.000 Menschen im Jahr durch die Infizierung in Krankenhäusern mit dem MRSA (Methicillin Resistente Staphylococcus Aureus). Dieses Bakterium ist besonders gefährlich, da es gegen etliche Antibiotika resistent ist.

Kurios ist, dass es z.B. in den Niederlanden fast keine Fälle von MRSA gibt, obwohl dort die gleichen Hygiene-Richtlinien wie in Deutschland existieren. Die drei wichtigsten Unterschiede zu Deutschland sind:

In den Niederlanden hat jedes Krankenhaus seinen eigenen Hygienefacharzt/Hygienefachärztin, der/die sich täglich mit allen Ärzt\_innen berät. Im Vergleich dazu hat in Deutschland nur %5 aller Kliniken eine Hygienefachkraft vor Ort.

In den Niederlanden wird jeder Patient\_in mit einem Abstrichtest auf MRSA geprüft. In Deutschland wird das bisher nur in Münster so praktiziert.

Die Einhaltung der Hygiene-Richtlinie wird in den Niederlanden stark kontrolliert und somit wird sie auch eingehalten. In Deutschland gibt es nur sehr spärliche bis zu gar keinen Kontrollen. Falls es aber zu aufgedeckten Verstößen kommt, so können diese nicht geahndet werden, da es sich nur um eine Richtlinie und nicht um eine gesetzliche Verordnung handelt.

Ein weiteres Problem sind die Folgekosten, die durch die Nichteinhaltung der Hygiene-Richtlinie eintreten. Diese können immense Ausmaße annehmen.

Aus all diesen Gründen brauchen wir eine gesetzliche Verordnung, damit wir wieder mit dem Vertrauen ins Krankenhaus gehen können, dass wir wieder gesund herauskommen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

V-08	<b>Alkohol</b>
	AntragstellerInnen: Matthias Edelmann

- 5 Auf Veranstaltungen der Grünen Jugend darf ab sofort kein Alkohol mehr verkauft werden. Es ist aber möglich, falls unbedingt notwendig Alkohol selbst mitzubringen.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

V-09	<b>Freiheit neu denken: Umgestaltung von Zoos und Tierverbot für Zirkusse</b>
	AntragstellerInnen: Fiona Flynn, Lucas Gerrits, Lea Krug, Benjamin Seitz (Grüne Jugend Rems-Murr)

Der Gefangenschaft von Tieren in Zoos und Zirkussen liegt eine grausame Geschichte zugrunde. Aus den im Mittelalter errichteten Jagdgebieten für den Adel entstanden unzählige Tiergehege und daraus höfische Menagerien, um Tiere als Prestigeobjekte zu besitzen. Im ausgehenden 18. Jahrhundert entwickelte sich aufgrund des wissenschaftlichen Forschungsdrangs der Anspruch, lebende Tiere genauer erforschen und beobachten zu können.

Da die Tiere aber schon damals nicht artgerecht gehalten wurden, vegetierten sie dahin und waren für wissenschaftliche Forschungen ungeeignet. Nach der schrittweisen Auflösung der fürstlichen Privatmenagerien, entstanden wandernde Tiersammlungen sowie die ersten Zoos, welche sich der Schaulust des Publikums verschrieben.

Ende des 19. Jahrhunderts begann der Geschäftsmann Carl Hagenbeck über 300 verschiedene nichteuropäische Menschengruppen, darunter „Liliputaner“, „Neger“, „Lappländer“ oder „Rothäute“, unter dem Slogan „Wilde Naturvölker zum Anfassen“ zur Schau zu stellen. Diese wurden nicht als gleichwertig mit den „zivilisierten“, europäischen Menschen aufgefasst und aus damaliger Sicht „gerechtfertigt“ eingesperrt. Diese heute undenkbar Respektlosigkeit gegenüber anderen Kulturen lebt leider weiter: Heute werden Tiere ausgestellt.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich bei Zirkussen. Nachdem Zirkus-Dynastien mit dem Pferdetheater Ende des 18. Jahrhunderts einen großen Erfolg hatten, kamen exotische Tiere dazu. Seitdem werden Elefanten, Löwen oder Schimpansen unter grausamen Bedingungen eingesperrt und zur Belustigung der BesucherInnen dressiert und gefangen gehalten.

Die deutschen Zoos und Zirkusse haben grundlegende Eigenschaften gemeinsam: Tiere werden zu Objekten der Schaulust der Menschen, dadurch zu Gegenständen der Unterhaltungsindustrie. Der naturgegebene Anspruch auf die Entfaltung ihrer Bedürfnisse wird ignoriert und macht sie zu einer Ware.

Zwar gibt es heute Gesetze und Leitlinien, welche die Rechte der Tiere wahren sollen, doch gehen diese nicht weit genug. Die Lebensbedingungen in Zoos und Zirkussen widersprechen den natürlichen Lebensgrundlagen der Tiere und nehmen ihnen ihre rechtmäßige Freiheit. Somit können sie erst durch ihre Befreiung jene Rechte in Anspruch nehmen.

Der ehemalige US-Präsident Abraham Lincoln, welcher die Sklavenbefreiung in den USA vorantrieb, sagte einmal: „Ich bin für Tierrechte ebenso wie für Menschenrechte. Das ist es, was einen vollkommenen Menschen ausmacht.“

Wenn wir uns als zivilisierte Lebewesen betrachten, haben wir auch die Verpflichtung uns für die Rechte der Tiere einzusetzen.

Da dies jedoch nicht geschieht, sind wir in diesem Kontext in einer traurigen, sozial-darwinistischen Tradition verhaftet. Wir, die GRÜNE JUGEND, wehren uns gegen diese Denk- und Handlungsweise und fordern eine grundlegende Umgestaltung der Zoos und die Schaffung von tierbefreiten Zirkussen.

### **Verbot von Tierhaltung in Zirkussen**

Derzeit gibt es in Deutschland über 200 Zirkusunternehmen, wovon die meisten Wild- und Haustiere mit sich führen. Die Auftritte der dressierten Tiere gelten vor allem für Kinder als große Attraktion, da sie von Musik und Applaus untermalt, dem Publikum die Illusion geben, dass es den Tieren gut gehen würde und diese dabei Spaß hätten.

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Viele Zirkusunternehmen leiden unter chronischem Geldmangel und können so nicht einmal eine angemessene Versorgung der Tiere gewährleisten (1). Sie werden in kahlen, kleinen Transportwägen in ganz Deutschland und darüber hinaus transportiert. Zwar gab es in jüngerer Vergangenheit lobenswerte Verbesserungen, wie die Vergrößerung der Außengehege oder der Wasserbecken, doch kann von einer artgerechten Haltung noch lange nicht die Rede sein. Besonders bei exotischen Tieren kann dies im Rahmen des Zirkusbetriebs nie ermöglicht werden. Daher ist es

auch nicht verwunderlich, wenn es zu plötzlichem, aggressiven Verhalten seitens der Tiere kommt (2). Die deutsch-amerikanischen Zauberkünstler Siegfried und Roy stellen mit dem Angriff durch einen ihrer weißen Tiger das wohl populärste Beispiel dar(3).

- 60 Viele hoch-sozial entwickelte Tierarten wie Affen oder Elefanten werden häufig isoliert und als Einzeltiere gehalten, obwohl sie in freier Natur als Rudel-, Gruppen- oder Herdentiere leben. Die Bundestierärztekammer hat im April 2010 deutlich Stellung bezogen und zumindest das Verbot von Wildtieren in reisenden Zirkussen gefordert. Damit geht sie auf die eklatanten Missstände der Tierhaltung in Zirkussen ein. Beispielsweise soll allein in den letzten zehn Jahren ein Drittel des in Zirkussen lebenden Bestandes an Elefanten aufgrund der dort herrschenden Zustände vorzeitig zu Tode gekommen sein (4).

- 70 Während viele Länder wie Österreich, Dänemark, Schweden, Bulgarien wenigstens ein Wildtier- und Bolivien sogar ein allgemeines Tierverbot für Zirkusse (5) verabschiedet haben, hinkt Deutschland in dieser Frage hinterher. Allerdings verweigern bereits jetzt viele der größeren deutschen Städte wie Heidelberg, Potsdam und Köln Zirkussen, welche Wildtiere mit sich führen, die Freigabe ihrer öffentlichen Plätze als Standort für deren Vorstellungen (5).

- 75 Hierzulande existieren lediglich Leitlinien für die Unterbringung von Tieren in Zirkussen, die allerdings nicht rechtsverbindlich sind (7). Die Umsetzung dieser „Leitlinien“ lässt allerdings stark zu wünschen übrig. So steht zum Beispiel geschrieben: „Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muss das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen.“ Wenn beispielsweise ein Schimpanse in einem Zirkus isoliert wird, obwohl seine Art als Großgruppe lebt, kann jedoch keineswegs davon ausgegangen werden, dass sich an diese „Leitlinien“ gehalten wird, welche die Justizorgane als Entscheidungshilfen gebrauchen sollen.
- 80 Außerdem fordern die Leitlinien, dass die TierhalterInnen „die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken, dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden“. Allerdings sehen wir die Haltung der Zirkustiere in Käfigen, Wasserbecken oder ähnlichem immer mit Schmerzen, Leid und Schäden verbunden.

- 85 Wir kritisieren, dass es dem Staat an Durchsetzungsmitteln und politischem Willen zur Einhaltung dieser Leitlinien fehlt. Nur wenige Amtstierärzte kontrollieren Zirkusse umfassend, erteilen Auflagen und verfolgen ihre Umsetzung, wobei sie hierbei auch noch von den Behörden behindert und ausgebremst werden. Darüber hinaus scheitert die Wegnahme von gequälten Tieren schon oftmals an der Kostenfrage (8).

- 90 Da eine effektive Verbesserung auf Verwaltungsebene nicht zu erreichen ist, ist ein Verbot die einzig logische Konsequenz. Entgegen vieler Bedenken wird den deutschen Zirkussen damit nicht die Existenzgrundlage genommen, da sie auch ohne Tierhaltung weiter existieren und dem Publikum ein viel versprechendes Programm bieten können (9).

- 95 Solange Zirkusse Tiere zur Schau stellen, werden sie ihrer Würde, Freiheit und dem Recht auf Selbstbestimmung beraubt. Da die Haltung von exotischen Tieren und die von Haustieren, wie z.B. Pferde und Hunde, nicht voneinander getrennt werden kann, setzen wir uns als GRÜNE JUGEND für das Verbot jeglicher Tierhaltung in deutschen Zirkussen ein. Für die befreiten Wildtiere fordern wir die Auswilderung, und falls dies nicht möglich ist, ihre Unterbringung in Tieraufzuchtstationen. Für die befreiten Haustiere befürworten wir die Unterbringung in Einrichtungen wie Therapiebauernhöfen, Gnadenhöfen oder den Verkauf an Privatpersonen, welche den Tieren nachweislich artgerechte Lebensbedingungen bieten können.

### 105 Tiergefangenschaft in Zoos stoppen

- Zuerst ist der Begriff „Zoo“ zu klären. Als „Zoo“ definieren wir jegliche Anlage, welche durch die Zurschaustellung verschiedener Tierarten, in Käfigen oder größeren Gehegen, Geld einnimmt. Wildparks hingegen, welche vor allem einheimischen Tieren Zuflucht und Schutz bieten, stellen die natürlichen Lebensbedingungen zur Verfügung, gewährleisten eine freie Entfaltung der Tiere und fallen deshalb für uns nicht in die Kategorie eines „Zoos“. Diesen fundamentalen Unterschied versuchen wir in folgendem Text zu verdeutlichen.

- 110

Viele ZoobesucherInnen behaupten, die dort lebenden Tiere hätten ein entspanntes und stressfreies  
 115 Leben, da die Umgebung nahe an ihrem natürlichen Lebensraum nachgebildet sei und sie artgerecht gehalten werden. Jedoch können fast allen Tieren in Gefangenschaft Verhaltensanomalien nachgewiesen werden, da ein nachgebildeter Lebensraum, die direkte Beeinflussung des Menschen und die dadurch entstehenden Lebensumstände nie den natürlichen Lebensräumen entsprechen können (10).

120 BefürworterInnen meinen, dass Kinder durch Zoos lernen, Tiere zu respektieren und erkennen, dass diese schützenswert sind. In Wahrheit wird ihnen allerdings beigebracht, dass es normal ist Tiere einzusperren. Außerdem können ZoobesucherInnen niemals erleben, wie sich diese Tiere in freier Wildbahn normalerweise verhalten würden. Jede Tierdokumentation sensibilisiert und bildet weitaus mehr als jeglicher Besuch in einem deutschen Zoo.

125 Die von der amerikanischen „Association of Zoos and Aquariums“ im Jahr 2007 veröffentlichte Studie behauptete zwar, dass Zoos erhöhte Aufmerksamkeit der Menschen in Bezug auf Arten- und Umweltschutz bewirken, doch wurde diese Studie durch eine kritische Analyse von mehreren WissenschaftlerInnen im Jahre 2010 eindeutig widerlegt (11).

130 Zoos sind in diesem Sinne keine Aufklärungsstätten, sondern Wirtschaftsunternehmen, die staatlich gefördert werden müssen und Gewinnmaximierung zu Lasten der Tiere betreiben.

Auch die so hochgepriesene Forschung innerhalb von Zoos beschäftigt sich in erster Linie damit wie die Tiere in Gefangenschaft leben und nicht mit ihrem Verhalten in freier Wildbahn.

135 Tiere in Zoos leiden insbesondere an mangelnder geistiger Anregung und körperlicher Bewegung, da sie dort nicht artgerecht gefordert werden können. Diese Gegebenheiten spiegeln sich oft in geistiger Frustration wieder, welches sich durch atypisches und selbst-zerstörerisches Verhalten ausdrückt. Diese neurotischen Verhaltensweisen finden sich auch in jedem noch so „guten“ Zoo wieder: Pinguine  
 140 die nur im Kreis schwimmen, Vögel die von Ast zu Ast springen, Elefanten die ihren Körper schaukeln, Giraffen die an Gitterstäben lecken und Raubkatzen die nur noch auf der Stelle hin und her laufen (12,13). All dies sind nachweislich keine arttypischen Verhaltensweisen, welche die Zufriedenheit der Tiere zeigen, sondern Ausdruck ihres qualvollen Zustandes.

145 Diese entstehen beispielsweise auch dadurch, dass Tiere, welche in freier Wildbahn als EinzelgängerInnen auftreten in Zoos zusammen eingesperrt werden. So ist es keine Seltenheit, dass sich Eisbären unter diesen Umständen gegenseitig verletzen oder sogar töten. Angriffe von Wildtieren auf ihre WärterInnen sind auf ihre Lebensbedingungen und nicht auf ihr böswilliges Wesen zurückzuführen (14).

150 In größeren Zoos werden vor allem die Tiere gezüchtet, welche von den ZuschauerInnen als „putzig“ angesehen werden, völlig unabhängig davon, ob die Tiere tatsächlich willig dazu sind sich fortzupflanzen oder nicht. Folge von diesem Zuchtverhalten sind vermehrt Handaufzuchten, Inzest oder Mischlingszuchten (15). Dieses Mittel zur Gewinnmaximierung muss ein Ende haben.

Sobald diese Tiere dann ausgewachsen sind werden sie häufig an Zirkusbetriebe und an Privatleute  
 155 verkauft. In einigen Fällen landen diese Tiere wie beim Verkauf der Berliner „Osterlämmer“ sogar im Schlachthaus (16)

Um mehr BesucherInnen anzulocken, betreiben auch immer mehr größere Zoos ein kleines Zirkusprogramm, welches harmlos mit Sonderfütterung betitelt ist. Diese haben nichts mehr mit dem vorgeschobenen Willen der Aufklärung über die Tierwelt zu tun, sondern dienen allein zur Belustigung  
 160 der Menschen.

Diese Zustände will die GRÜNE JUGEND nicht länger hinnehmen. Daher fordern wir die Schließung von Zoos und ihre Umgestaltung zum Wohle der Tiere.

165 **Positive Aspekte der Zoos nutzen**

Da Zoos auch einige Aufgaben erfüllen, welche in gewissem Maße auch der Bildung sowie dem Artenschutz dienen und diese Felder verbessert weitergeführt werden müssen, wollen wir Alternativen  
 170 aufzeigen.

**Artenschutz**

Wir fordern im Hinblick auf den Artenschutz sowie auf die Erhaltungszuchtprogramme eine Umgestaltung der Zoos zu Tieraufzuchtstationen. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, die vom Menschen gefährdeten Tiere, welche eine realistische Chance haben wieder ausgewildert zu werden, für ihre zukünftige Auswilderung vorzubereiten. Dies betrifft auch die exotischen Tiere der zu schließenden Zirkusse. Zoos sollen damit als Zentren für die Erhaltung bestimmter Arten fungieren.

Da die finanziellen Mittel durch die fehlenden ZoobesucherInnen und TierpatInnenschaften wegfallen, fordern wir die Bundesländer auf dafür aufzukommen. Da der Mensch zum Großteil an ihrer Gefährdung Schuld trägt, hat er die Verantwortung sich um das Weiterbestehen der vom Aussterben bedrohten Tierarten zu kümmern.

**Bildung**

Bildung im Bezug auf Tiere muss anstatt in Zoos durch Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen weitervermittelt werden. Daher sollte Tierkunde ein elementarer Teil des Biologieunterrichts werden und in höherem Maße in die Lehrpläne mit einfließen. Außerdem soll die Aufklärung über Tierarten sowie den Tierschutz in Museen, öffentlichen Bildungseinrichtungen sowie in den öffentlich-rechtlichen Medien stärker gefördert werden. Von den öffentlich-rechtlichen Sendern verlangen wir außerdem verstärkt Berichterstattung über die Tierwelt in freier Wildbahn anstelle von Sendungen über Tiere in Gefangenschaft.

**Forschung**

Da der Lebensraum in Zoos nicht dem in freier Natur entsprechen kann, sehen wir keinen Sinn darin die Forschung an Tieren in Gefangenschaft weiter zu betreiben. So nutzt zum Beispiel ein Eisbär in freier Wildbahn eine Fläche der Größe Italiens und verhält sich dort völlig anders als in Gefangenschaft. Untersuchungen haben außerdem gezeigt, dass die Tiere sich selbst dann nicht normal verhalten würden wenn diese Fläche in Zoos vorhanden wäre (17).

Daher ist es sinniger Forschungen in der freien Wildbahn zu tätigen, statt in Zoos, weshalb Forschung an Tieren in Gefangenschaft problemlos eingestellt werden kann.

**Naherholung**

Da durch die Schließung bzw. Umgestaltung von größeren Zoos oftmals weitläufige Flächen zur Verfügung stehen werden, können diese auch zur Naherholung der BürgerInnen genutzt werden. Dadurch entstehen unkommerzielle Rückzugsgebiete für Menschen und Tiere innerhalb einer oftmals städtischen Umgebung.

**Jetzt handeln!**

Abschließend sind wir der Auffassung, dass Zoos nachweislich und entgegen ihrer Behauptungen weder für Bildung noch für Forschung relevant oder gar maßgeblich sind. Sie bedienen in ihrem Aufbau nur den menschlichen Drang nach Unterhaltung, und zwar auf Kosten unschuldiger Tiere. Daher fordern wir bei ausreichend gegebenen Flächen ihre Umgestaltung zu effektiven Aufzuchtstationen gefährdeter Tierarten.

Ebenfalls überflüssige Tierquälerei ist die nicht artgerechte Haltung von Wild- und Haustieren in Zirkussen, da diese auch ohne Tierauftritte existenzfähig bleiben.

Der notwendige Artenschutz und die Aufklärung über unsere Tierwelt könnte durch die Umstrukturierung der bisher benötigten finanziellen Mittel nach Umgestaltung der Zoos effektiver betrieben werden.

Die GRÜNE JUGEND fordert, dass der offenen Misshandlung und Quälerei von Tieren inmitten unserer Gesellschaft ein Riegel vorgeschoben wird. Wir müssen unserer Verantwortung als zivilisierte und hochentwickelte Lebewesen gerecht werden, lehnen daher die Tierhaltung in Zirkussen und Zoos ab und wollen damit eine neue Diskussion über die Tierrechte innerhalb unserer Gesellschaft anstoßen.

Quellen:

- 230 1 <http://www.zeit.de/wissen/2009-12/zirkustiere-kommentar>  
2 <http://www.zeit.de/wissen/2009-12/zirkustiere-kommentar>  
3 [http://www.rp-online.de/panorama/ausland/Siegfried-und-Roy-sollen-Tiger-Angriffe-verheimlicht-haben\\_aid\\_24607.htm](http://www.rp-online.de/panorama/ausland/Siegfried-und-Roy-sollen-Tiger-Angriffe-verheimlicht-haben_aid_24607.htm)  
4 <http://www.tierschutzbund.de/zirkus.html>
- 235 5 <http://tierschutznews.ch/tiere/tierschutz/1656-tierzirkusse-in-bolivien-gesetzlich-untersagt.html>  
6 [http://www.peta.de/web/verbote\\_der.2105.html](http://www.peta.de/web/verbote_der.2105.html)  
7 <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Tier/Tierhaltung/HaltungZirkustiere.html>  
8 <http://www.openpr.de/news/179846/Attraktion-Elefantenbulle-Shenka-starb-hinter-den-Kulissen.html>  
9 <http://www.tirm.de/artikel.php?id=1>
- 240 10 [http://www.zeit.de/2007/18/Leidet\\_der\\_Eisbaer](http://www.zeit.de/2007/18/Leidet_der_Eisbaer)  
11 <http://www.orcanetwork.org/nathist/Marino%20et%20al%20AZA%20Study.pdf>  
12 <http://www.upali.ch/stereotypien.html>  
13 [http://www.zeit.de/2007/18/Leidet\\_der\\_Eisbaer](http://www.zeit.de/2007/18/Leidet_der_Eisbaer)  
14 <http://www.stern.de/panorama/berliner-zoo-frau-von-eisbaer-angefallen-660725.html>
- 245 15 <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0319/berlin/0018/index.html>  
16 <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2004/0410/berlin/0063/index.html>  
17 [http://www.zeit.de/2007/18/Leidet\\_der\\_Eisbaer](http://www.zeit.de/2007/18/Leidet_der_Eisbaer)

# Änderungsantragsübersicht

## V-09 Freiheit neu denken: Umgestaltung von Zoos und Tierverbot für Zirkusse

Zeile	AntragstellerInnen	Antrag	Verfahren	
ÄV-09 / Zeile 0	Karl Bär, Sebastian Brux, Tobias Edling, Christoph Müller	Streichung der ersten drei Wörter im Titel.  <b>Begründung:</b> Unter "Freiheit neu denken" erwartet man sich etwas anderes.		übernommen
ÄV-09 / Zeile 14-19_1	Isabel Reh	Streichen der Zeilen 14 bis 19. (Den ganzen Absatz zur Ausstellung von Menschen im 19. Jahrhundert.)  <b>Begründung:</b> Wir sind uns alle einig darüber, dass es ein Verbrechen ist, Menschen zur Schau zu stellen. KeineR von uns streitet ab, dass die Menschenwürde häufig verletzt wurde und immer noch wird. Doch trotzdem sollen wir nicht die Kolonialgeschichte und das zur Schau stellen von Menschen als Grundlage für Zoos und Tierparks ansehen.		übernommen
ÄV-09 / Zeile 14-19_2	Karl Bär, Sebastian Brux, Tobias Edling, Christoph Müller	Streichung der Zeilen 14-19.  <b>Begründung:</b> 1. Der Absatz vergleicht Tierhaltung in Zirkussen mit krassem menschenfeindlichen Rassismus. Wie die RassistInnen, gegen die er sich ausspricht, setzt er damit nicht-europäische Menschen mit Tieren auf eine Ebene. 2. Der Absatz sagt, daß Tier-sein nur eine andere Kultur ist als Mensch-Sein. Das ist grundsätzlich falsch. Das Verhältnis von Mensch und Tier ist kulturell bestimmt, aber die Tiere sind nicht Teil der Gesellschaft.		übernommen
ÄV-09 / Zeile 31-32	Karl Bär, Sebastian Brux, Tobias Edling, Christoph Müller	Streichung von "und nehmen" bis "in Anspruch nehmen."  <b>Begründung:</b> Von Freiheit zu sprechen macht im Bezug auf Tiere keinen Sinn, da Tiere nicht Teil der Gesellschaft sind. Tiere brauchen ihren Auslauf und sollten z.B. nicht in Käfige und Gehege eingesperrt sein. Aber die Frage, ob die Regierung faschistisch oder linksliberal ist, macht für Tiere in dem Land keinen Unterschied. Es würde auch keinen Sinn machen, z.B. durch ein Gesetz dem Rotwild zu verbieten, im Wald kleine Bäumchen anzubeißen und damit ihre Freiheit einzuschränken. Die Unfreiheit der Tiere im Zoo ist nur durch das Eingesperrt-Sein bestimmt, während Freiheit für Menschen wesentlich mehr bedeutet.	"...und nehmen ihnen die Freiheit, die ihrer Natur entspricht. Wir wollen sie befreien."	modifiziert übernommen
ÄV-09 / Zeile 34-40	Karl Bär, Sebastian Brux, Tobias Edling, Christoph Müller	Streichung von "Der ehemalige US-Präsident" bis "sozial-darwinistischen Tradition verhaftet." sowie in Zeile 40 "wehren uns gegen diese Denk- und Handlungsweise und".  <b>Begründung:</b> 1. Es ist unnötig, Abraham Lincoln hier zu nennen. Es ist außerdem sehr fraglich, ob Lincoln, der in einer vorindustriellen Gesellschaft gelebt hat, mit diesem Zitat das gemeint hat, was ihm hier in den Mund gelegt wird. 2. "Zivilisation" ist ein schwieriger Begriff. Wer ist zivilisiert? Gibt es auch nicht-zivilisierte Menschen? Und was bedeutet das dann? 3. Durch das Wort "sozial-darwinistisch" entsteht schon wieder der Eindruck, Tiere wären Teil der Gesellschaft.	Streichung der Zeilen 34-36, 37-38 ersetzen durch: "Da die Tiere sich nicht selbst befreien können, haben wir die Verpflichtung, uns für sie einzusetzen. 39 ff bis "...Tradition verhaftet" streichen Streichung: "wehren uns gegen... und"	modifiziert übernommen
ÄV-09 / Zeile 96-97	Karl Bär, Sebastian Brux, Tobias Edling, Christoph Müller	Streichung von "Solange Zirkusse" bis "Selbstbestimmung beraubt".  <b>Begründung:</b> In diesem Satz werden die Begriffe Freiheit und Würde auf Tiere in einer Art und Weise angewandt, die nicht sinnvoll ist, weil sie nur innerhalb der Gesellschaft funktionieren und Tiere		abstimmen

		nicht Teil der Gesellschaft sind. (siehe Begründung bei den anderen Ä-Anträgen) Vielleicht sollten wir an dieser Stelle schreiben, daß die inhaltlichen Ziele des Antrags, Zirkusse ohne Tiere zu haben und Zoos nur noch zum Artenschutz zu nutzen, gut sind. Es geht uns bei den Streichungen nur um philosophische Überlegungen, die wir für falsch und sogar gefährlich halte.		
ÄV-09 / Zeile 187-188	Der Bundesvorstand	Streichen von "Daher sollte Tierkunde" bis "Lehrpläne mit einfließen."  <b>Begründung:</b> In unseren Vorstellungen davon, wie die ideale Schule aussieht, kommen Stunden- und Lehrpläne nicht mehr vor. Doch nimmt man diesen und viele andere Beschlüsse aus ganz anderen Politikfeldern, so fordern wir immer wieder, die SchülerInnen sollten dies und das lernen. Das ist inkonsequent. Deshalb diese Streichung. SchülerInnen sollten nicht dies und das lernen, sondern kritisches Denken, Selbstorganisation und ähnliche Fähigkeiten, die dann in Folge dazu führen, dass sie verstehen, wie Ökosysteme, Wirtschaft, internationale Beziehungen, etc. funktionieren.		
ÄV-09 / Zeile 224-226	Karl Bär, Sebastian Brux, Tobias Edling, Christoph Müller	Ersetze "Wir müssen unserer ... Gesellschaft anstoßen." durch "Wir lehnen daher die Tierhaltung in Zirkussen und Zoos ab."  <b>Begründung:</b> Wie bereits oben: 1. Wir sollten und nicht "zivilisiert" und "hochentwickelt" nennen, weil die Begriffe problematisch sind. 2. Tiere sind nicht Teil der Gesellschaft.	Z 224-226 ändern in:  "Wir lehnen daher die Tierhaltung in Zoos und Zirkussen ab und wollen eine neue Diskussion über die Situation der Tiere und den Umgang mit Tieren in unserer Gesellschaft."	modifiziert übernommen
ÄV-09 / Zeile 227-247	Armin Feistenauer	Streiche diese Zeilen. Antrag ohne Quellen!  <b>Begründung:</b> Sollte das tatsächlich ein GJ Beschluss werden, müssen zumindest diese Quellen weg. GJ Beschlüsse sind keine mittelmäßigen Artikel mit tausend Webseiten um die "Seriösität" zu bestätigen.		
ÄV-09 / Zeile 236	karl Bär, Sebastian Brux, Tobias Edling, Christoph Müller	Streichung der Zeile 236 (=Fußnote 6)  <b>Begründung:</b> Die Organisation Peta, auf die sich diese Fußnote beruft, hat sich durch Kampagnen, die den Holocaust relativieren und zum Beispiel Postkarten, die JüdInnen mit Schweinen vergleichen, so sehr selbst ins Abseits gestellt, daß wir uns auf keinen Fall in unserem Antrag auf sie berufen sollten.		

(Stand: Friday, 23. July 2010, 08:32:15)

V-10	<b>Keine Steuergelder für private Konferenzen</b>
	AntragstellerInnen: Hannes Böhm

- 5 Die Grüne Jugend fordert ein Ende privater Sicherheitskonferenzen auf Kosten der SteuerzahlerInnen. Solche Konferenzen, wie die Münchner Sicherheitskonferenz, sollen keine Unterstützung mehr aus dem Etat des Bundesverteidigungsministeriums erfahren. Die massive Polizeipräsenz, welche zum Schutz privater SStaatsgäste und nicht demokratisch legitimierter SStaatsmänner dient, darf nicht auf Kosten der SteuerzahlerInnen finanziert werden.

**Begründung:**

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist ein privates Treffen von PolitikerInnen, Militärs und Rüstungsindustriellen um über Sicherheit und Verteidigung zu sprechen. Sämtliche TeilnehmerInnen treten als SStaatsgäste nicht aber als SStaatsmänner auf. Dieses Treffen entbehrt jeder demokratischen Legitimation. Deutschlands BürgerInnen bleiben uninformatiert über Inhalt und Verlauf der Gespräche. Da alles hinter verschlossener Tür statt findet, weiß keiner wie viel Druck beispielsweise Rüstungslobbyisten auf unsere PolitikerInnen ausüben, oder wie intensiv über Sicherheit und Militärausgaben, anstatt über Frieden diskutiert wird. Und obwohl es als private Veranstaltung nicht einmal sonst übliche Beschlüsse zwischen den Staaten gibt, und die Teilnehmer die Konferenz mit leeren Händen verlassen, betragen die Kosten für den Steuerzahler im Jahr 2007 ca. 323.000 Euro. Dieser Betrag stammt aus dem Etat des Bundesverteidigungsministeriums. Hinzu kommt ein massives Polizeiaufgebot um die Teilnehmer zu schützen.

Diese Farce muss beendet werden. Private Konferenzen durchlöchern das demokratische Prinzip, in dem sie untransparent, unlegitimiert und darüber hinaus vollkommen wirkungslos für Friedensbemühungen sind. Gespräche sind gut - müssen aber offen und staatsmännisch organisiert werden. Aus diesen Gründen muss die Finanzierung dieser Veranstaltungen aus der Staatskasse gestoppt werden.

V-11	<b>Möglicher Antrag</b>
	AntragstellerInnen: Matthias Edelmann

- 5 Dieser Antrag wird durch einen Änderungsantrag erstellt, falls es Personen gibt, die noch kurzfristig einen Antrag einreichen möchten.

**Begründung:**

Selbsterklärend

# Änderungsantragsübersicht

## V-10 Keine Steuergelder für private Konferenzen

Zeile	AntragstellerInnen	Antrag	Verfahren
ÄV-10 / Zeile 0	Sascha Schöffner	Ersetze „Keine Steuergelder für private Konferenzen“ durch „Keine Steuergelder für private Sicherheitskonferenzen“  <b>Begründung:</b> Die dem Antrag gegebene Überschrift ist zu undifferenziert, aus der Überschrift lässt sich nicht ableiten auf welche Art Konferenz der Antrag abzielt.	abstimmen

(Stand: Friday, 23. July 2010, 08:33:46)

V-12	<b>Parteispendenlimit von 25.000 Euro</b>
	AntragstellerInnen: Hannes Böhm

- Die Grüne Jugend fordert ein Obergrenze für Parteispenden von 25.000 Euro, egal ob von juristischen oder natürlichen Personen.
- 5 Darüber hinaus muss eine hohe Transparenz durch strenge Veröffentlichungspflichten von Parteispenden erfolgen. Spenden von über 10.000 Euro müssen von den Parteien im Laufe eines Monats veröffentlicht werden. Eine unabhängige Kommission muss die Spenden der Parteien kontrollieren, um zum Beispiel Teilspenden zu addieren oder über verschiedene Tochterunternehmen verteilte Spenden juristischer Personen zusammenzunehmen. Die Höchstgrenze aus den Summen der Teilspenden oder von verschiedenen Unternehmenszweigen eines Mutterunternehmens soll ebenfalls 25.000 Euro betragen.
- 10 Im Gegenzug soll der Zuschuss aus staatlichen Mitteln für die Parteifinanzierung in moderaten Schritten erhöht werden. Die Höhe der Zuschüsse soll sich wie bisher auch nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen richten, wobei mehr Stimmen mehr Zuschüsse bedeuten.
- 15

### **Begründung:**

Parteispenden sind wichtig. Deutsche Parteien finanzieren sich zu etwa 15% aus Spenden, was neben Mitgliedsbeiträgen und öffentlichen Zuschüssen den wesentlichen Teil der Parteifinanzierung stellt. Spenden sind allerdings nur bedingt mit dem Prinzip einer Demokratie vereinbar. Hierbei ist eine Differenzierung von Spenden nötig. Geringe Spenden von natürlichen Personen, also gewöhnlichen BürgerInnen, sind ein demokratisch vertretbares Mittel um eine Partei, neben der Stimmabgabe bei der Wahl, eine Unterstützung zukommen zu lassen. Nicht so bei Spenden von juristischen Personen, also Unternehmen. Unternehmen haben keine Stimme, ihre Mittel dienen also reiner Gewinnmaximierung. Viel zu häufig orientieren sich Spenden nicht mehr an Parteiprogrammen, sondern Parteiprogramme an Spenden. Auch wenn die FDP mit der Mövenpickspende den Vogel abschießt gibt es auch andere Szenarien wie unsere Politik durch Spenden handlungsunfähiger gemacht wird: wie soll zum Beispiel eine Regierung zum Haushaltssanieren gebracht werden, wenn eine entsprechende Industriebranche treuer Spender der Regierungspartei ist? Bevor die Partei auf diese Spende verzichtet, ist die Versuchung mehr als groß das Geld lieber bei Sozialabgaben oder Bildung zu streichen.

Überhaupt sind Spenden nie an die Parteigröße gebunden. Eine Partei, die sich auf Unternehmensinteressen fokussiert und Neo-Liberalismus predigt, wird immer mehr Spenden haben als eine Partei, die sich auf ArbeitnehmerInnenrechte und Soziale Gerechtigkeit konzentriert. Ganz egal welche von beiden mehr Sitze im Bundestag inne hat.

Spenden sind ein extrem leichtes Instrument für Korruption und Lobbyismus. Skandale wie die Flickaffäre, diverse CDU-Spendenaffären und zu letzt die Hotelspende an die FDP erschüttern immer wieder das Vertrauen der Bürger in die Parteien.

Durch eine Obergrenze von 25.000 Euro ist damit Schluss. Der Einflussnahme im großen Stil wird damit ein deutlicher Riegel vorgeschoben. Unsere Demokratie darf sich dieser Beeinflussung nicht mehr aussetzen.

Der Antrag fordert weiter, dass eine unabhängige Kommission die einzelnen Spenden der Parteien überprüft. Falls Unternehmen in mehreren Schritten spenden ("Teilspende") müssen diese Beträge addiert und nur bis 25.000 Euro gestattet werden. So auch Spenden die ein Unternehmen durch Tochterunternehmen zu verschleiern versucht. Nach momentanem Gesetzesstand müssen Spenden über 50.000 Euro sofort veröffentlicht werden, diese Grenze soll auf 10.000 Euro reduziert werden.

Damit durch die Einnahmeausfälle von Spenden aber keine Beitragserhöhung zu Lasten der Parteimitglieder oder eine Streichung von Seminaren und Workshops einher geht, sollen die Parteizuschüsse aus den staatlichen Mitteln erhöht werden. Diese sind demokratisch durchaus legitim, da sie sich nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen richten. So erhalten die Parteien ihre Mittel nach ihrer Größe, nicht nach ihren Forderungen.

# Änderungsantragsübersicht

## V-12 Parteispendenlimit von 25.000 Euro

Zeile	AntragstellerInnen	Antrag	Verfahren	
<p>ÄV-12 / Zeile 1-15</p>	<p>Stefan Lange, Emily Büning, Nina Piel, Simon Kuchinke</p>	<p>Ersetzen durch:</p> <p>„Parteifinanzierung muss transparenter werden!</p> <p>Die aktuellen Debatten um Parteisponsoring und die Hotelpendenaﬀäre der FDP haben gezeigt, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Parteispendskandale und der Anschein der Käuflichkeit von politischen Parteien schaden der Demokratie enorm.</p> <p>Ein allgemeines Verbot von Unternehmensspenden ist dabei allerdings der falsche Weg. Dies bestätigen auch mehrere Gerichtsurteile des Bundesverfassungsgerichts. Denn oftmals ist die Abgrenzung schwierig, da Unternehmen sehr unterschiedliche Rechtsformen haben. Ein Verbot von Unternehmensspenden würde nur dazu führen, dass Umwege gesucht werden. Dadurch wird der Spendenjungle nicht verschwinden, er würde nur noch intransparenter und anrüchiger. Das schadet der Demokratie noch viel mehr.</p> <p>Der richtige Weg ist daher Transparenz zu schaffen. Bisher müssen Spenden die einen Betrag von 50.000 Euro überschreiten sofort veröffentlicht werden. Wir fordern eine Absenkung dieser Grenze auf 10.000 Euro. So bleiben die meisten Privatpersonen die oft nur kleine Beträge spenden weiterhin geschützt, wenn sie eine Partei unterstützen wollen. Ihr Name muss nicht sofort veröffentlicht werden, aber größere Unternehmensspenden werden somit schneller erfasst und transparent gemacht.</p> <p>Wichtig sind auch verbindliche Transparenzregeln für Partei-Sponsoring. Die klassische Form des Sponsorings über Werbematerialien oder Stände auf Parteitagen unterliegt bisher keinen besonderen Transparenzregeln. Hier wird die Möglichkeit geschaffen die Regeln für Parteispenden zu umgehen. Deswegen sollte für Sponsoring dasselbe gelten wie auch für Parteispenden.</p> <p>Wir fordern außerdem, dass Unternehmensspenden von den jeweiligen Personalvertretungen in den Unternehmen bewilligt werden müssen. Immerhin wird hier Geld, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens erwirtschaftet haben an politische Organisationen gespendet. An der Entscheidung an wen und in welcher Höhe diese Spenden gezahlt werden, müssen deswegen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens ausreichend beteiligt werden.</p> <p>Grundsätzlich sind Parteien auf Finanzierungen neben der staatlichen Grundfinanzierung angewiesen. Die staatliche Grundfinanzierung darf aktuell 50% der Gesamteinnahmen der Parteien nicht übersteigen. Deswegen müssen Parteien Beiträge erheben und Spenden einwerben. Sinnvoll ist allerdings eine Begrenzung des maximalen Spendenbetrags auf 50.000 Euro damit Parteien in ihrer Finanzierung nicht von einzelnen Unternehmen oder Personen abhängig sind und somit Einzelinteressen zu starke Einflüsse auf Entscheidungen der Parteivorstände und Fraktionen haben.</p> <p>Es ist allerdings richtig, dass Parteien nicht ausschließlich von staatlicher Finanzierung abhängig sind. Es ist falsch zu glauben, dass staatliche Verwaltungen nicht auch politisch agieren. Bestes Beispiel hierfür ist das heraushalten der Linksjugend.solid aus dem Kinder – und Jugendplan des Bundes, über den alle anderen Jugendorganisationen der im Bundestag vertretenen Parteien Förderung erhalten. Eine einseitige Abhängigkeit von staatlichen Mitteln kann je nach politischer Großwetterlage fatale Folgen</p>	<p>Übernahme des kompletten Änderungsantrags mit einem neuen Spiegelstrich am Ende:</p> <p>- Unabhängige Kommission für Teilspenden</p>	<p>modifiziert übernommen</p>

haben.

Das Bundesverfassungsgericht empfiehlt dem Gesetzgeber aufgrund der Inflation eine regelmäßige Erhöhung der Grundfinanzierung. Leider sind es genau die beiden großen Parteien die seit 8 Jahren diese Erhöhung verhindern, sie bekommen auch am meisten Unternehmensspenden. Kleinen Parteien wie die Grünen die kein so hohes Spendenaufkommen haben fehlen daher finanzielle Mittel. Wäre diese Angleichung geschehen hätte allein die Grünen jährlich bis zu einer Million Euro mehr im Haushalt.

Zusammengefasst werden alle Einnahmen und Ausgaben der Parteien in ihrem Rechenschaftsbericht der als Bundestagsdrucksache dem Bundestagspräsidenten vorliegt. Dieser Bericht umfasst allerdings etliche Seiten und ist nicht gerade gut und verständlich aufbereitet. Wer sich nicht größer mit Parteienfinanzierung auseinandersetzt wird diesen Bericht nur schwer verstehen. Damit aber jede/r WählerIn einschätzen kann von welchen Unternehmen Parteien wie finanziert werden um auch danach zu entscheiden welche Partei im Verdacht steht eine reine Klientelpolitik ihrer SpenderInnen zu machen, muss dieser Bericht für alle verständlich aufbereitet werden.

Zusammenfassend fordern wir als GRÜNE JUGEND:

- Begrenzung von Parteispenden auf höchstens 50.000 Euro pro Jahr pro juristische oder natürliche Person
- Sofortige Veröffentlichung von Spenden die 10.000 Euro übersteigen
- Behandlung von Sponsoring als Parteispenden
- Beteiligung der jeweiligen Personalvertretungen bei der Entscheidung über Unternehmensspenden
- Erhöhung der staatlichen Grundfinanzierung
- Jährliche Anpassung der Grundfinanzierung an die Inflationsrate
- Verständliche Aufbereitung der finanziellen Rechenschaftsberichte der Parteien“